Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 56 (1977)
Heft: 3

Artikel: Zur wirtschaftspolitischen Standortbestimmung der SP
Autor: Uchtenhagen, Lilian
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339311

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lilian Uchtenhagen

Zur wirtschaftspolitischen Standortbestimmung der SP

Grundsatzartikel zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik haben – leider – auch im «Profil» Seltenheitswert. Um so mehr freut es uns, den Beitrag von Nationalrätin L. Uchtenhagen zu publizieren. Es handelt sich um eine Zusammenfassung ihrer am Parteitag 1976 entwickelten Gedanken zur Wirtschaftspolitikentschliessung. Red.

Die Schweiz ist seit Ende 1974 von einer Wirtschaftskrise erfasst, deren Ausmass weit grösser ist als in andern Industrieländern. Das Sozialprodukt ist etwa um einen Zehntel gesunken. Gegen 300 000 Arbeitsplätze (das heisst jeder zehnte Arbeitsplatz!) sind verschwunden. Die Folgen: mehr Druck am Arbeitsplatz, keine Lohnerhöhungen mehr, Finanzkrise des Bundes mit Angriff auf Sozialausgaben. Besonders betroffen von der Krise sind schwächere Arbeitnehmer: Frauen, Fremdarbeiter, Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Invalide.

Das Ausmass der Rezession ist vorwiegend auf politische Fehler während der Expansionsphase zurückzuführen; vor allem das Festhalten an fixen Wechselkursen und eine zu large Gastarbeiterpolitik. Sie haben das überbordende Wachstum noch angeheizt und sind Hauptursache dafür, dass wir heute mit ausserordentlich schwierigen Strukturproblemen konfrontiert sind. Ich nenne hier nur zwei Beispiele: eine nicht mehr konkurrenzfähige Uhrenindustrie und eine überdimensionierte Bauwirtschaft.

Politische Fehler wurden aber nicht nur in der Expansionsphase gemacht. Als bereits alle Zeichen auf die schwerste Krise seit dem 2. Weltkrieg hindeuteten, hielten die eidgenössischen Räte im Januar 1975 eine Spar-Sondersession ab, bei der sich die Sprecher der bürgerlichen Parteien gegenseitig mit völlig konjunkturwidrigen Sparvorschlägen überboten.

Mit einer gewissen Genugtuung könnten wir zwar vermerken, dass die von uns in Zusammenarbeit mit dem SGB im Mai 1975 geforderten Massnahmen zur Krisenbekämpfung heute zu einem grossen Teil verwirklicht sind. Auch jene Vorschläge, die anfänglich beim Bundesrat und den Bürgerlichen auf harten Widerstand stiessen – wie Investitionsbonus, Direkthilfe über gemischtwirtschaftliche Beteiligungsgesellschaften, besondere Massnahmen für ältere Arbeitslose – sind zum Teil im letzten Krisenbekämpfungsprogramm verwirklicht worden oder werden heute auf Expertenstufe bearbeitet. Aber in dieser Frage fällt es schwer, Genugtuung zu empfinden; die menschlichen und sozialen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sind von zu grosser Tragweite.

Wir wissen noch nicht, wie sich die Wirtschaftslage weiterentwickeln wird. Die Prognosen lauten vorerst nicht allzu günstig. Auch wenn der Aufschwung sich durchsetzt, wird er in der Schweiz voraussichtlich langsam erfolgen und sich kaum auf das Beschäftigungsniveau auswirken. Auf je-

den Fall muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass sich die Strukturprobleme noch verschärfen.

Die bisherige Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft, welche die reichen Länder bevorzugte und den armen Ländern oft kaum Chancen für eine wirtschaftliche Entwicklung liess, dürfte sich längerfristig kaum aufrechterhalten lassen. Auch wenn ausserhalb des Erdölbereiches keine weiteren Zusammenschlüsse von Rohstoffländern erfolgen, muss mit weiteren internationalen Einkommensumschichtungen gerechnet werden. Bereits zeichnet sich nämlich die Verlagerung gewisser Zweige der industriellen Produktion in die Niedriglohnländer ab. Diese unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten positive Veränderung dürfte der Schweiz grosse Anpassungsprobleme bescheren, die nicht leicht zu meistern sein werden – und zwar sowohl wirtschaftlich als auch politisch.

So verfügt unser Land nicht einmal über jenes Minimum an Mitteln zur konjunkturellen Steuerung der Wirtschaft, das heute für alle industrialisierten Länder längst selbstverständlich ist, geschweige denn über ein Konzept einer vorausschauenden Strukturpolitik. Die völlig ungenügenden Möglichkeiten zur Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung sind indessen Ausdruck des vorherrschenden politischen Selbstverständnisses. Und nach meiner Meinung liegen hier, also im politischen Bereich, in der politischen Fähigkeit der Problemverarbeitung, die wirklichen Engpässe für die Bewältigung zukünftiger Probleme. Die zunehmende Staatsverdrossenheit, aber auch die Tatsache, dass eines der reichsten Länder der Welt kaum mehr fähig zu sein scheint, seinen Finanzhaushalt vernünftig zu ordnen, gehören in dieses Kapitel.

Die Voraussetzungen für die dringend nötige Verbesserung unserer politischen Fähigkeit, Probleme zu lösen, sind indessen alles andere als gut. Mit der wirtschaftlichen Lage hat sich auch das geistige und das politische Klima verschlechtert. Freiräume für Experimente – etwa in der Schul- und Bildungspolitik oder im kulturellen Bereich –, die man bereits für gesichert hielt, werden beschnitten, gesellschaftliche Entwicklungschancen verbaut. Weil das Morgen unsicher geworden ist, flüchtet man ins vermeintlich Bewährte von gestern, gewinnen repressiv-autoritäre Kräfte wieder an Einfluss. Das veränderte Klima gehört vielleicht zu den folgenschwersten Auswirkungen der Rezession.

Denn was wir heute brauchen sind nicht Anpasser und Reaktionäre, Leute, die glauben, gesellschaftliche Probleme mit dem Rücken gegen die Zukunft bewältigen zu können. Mehr denn je brauchen wir die andern, die Standfesten, die Mutigen. Jene, die keine Angst vor der Zukunft haben, weil ihnen nicht bange ist vor dem Verlust kleinerer oder grösserer Privilegien. Jene, für die Freiheit und Gerechtigkeit nicht Alternativen sind, sondern demokratische Verpflichtung.

Wir brauchen Sozialdemokraten! Zwar haben auch wir Sozialdemokraten keine Patentrezepte für die Lösung der vielschichtigen Probleme, die

sich durch die strukturellen Änderungen der Weltwirtschaft ergeben. Aber wenn die Werte und Zielsetzungen des demokratischen Sozialismus nicht nur leere Deklamationen sind, sondern inhaltlich verstanden werden, so zeigen sie sowohl für die hochindustrialisierten wie die weniger entwickelten Länder neue Formen der Entwicklung, welche die Überwindung des heute bestehenden Interessengegensatzes ermöglichen.

Dabei wird allerdings von beiden Ländergruppen in vielen Bereichen ein fundamentales Umdenken verlangt: für die Entwicklungsländer in Richtung einer eigenständigeren, ihre Eigenart besser bewahrenden Entwicklung; für die hochindustrialisierten Länder wird eine Abkehr vom rein quantitativen Wachstumsdenken nötig. Wir werden zwar auch in Zukunft wirtschaftliches Wachstum haben müssen, aber es muss – neben einer zunehmenden Spezialisierung in hochentwickelten Technologien und im Dienstleistungssektor – vermehrt auf die Befriedigung der sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnisse ausgerichtet, also qualitativer Art sein.

Dabei ist nicht nur an Umweltschutz, sauberes Wasser, saubere Luft und ähnliches zu denken, sondern auch und vor allem an eine menschenwürdige Ausgestaltung des Lebens am Arbeitsplatz, in den Schulen usw. Es wird also einerseits darum gehen, mit neuen gesetzlichen Vorschriften ein vernünftiges Mass an Freizeit und Ferien sicherzustellen, die Demokratie in der Wirtschaft von unten her zu verwirklichen und der Umweltverschmutzung durch entsprechende Vorschriften Einhalt zu gebieten. Auf der andern Seite wird für ein funktionierendes Gesundheitswesen eine genügende Altersvorsorge, gute Schul- und Bildungsmöglichkeiten usw. der Einsatz weiterer öffentlicher Mittel unumgänglich sein. Denn diese Dinge werfen keinen Profit ab, werden also von der privaten Wirtschaft nicht hergestellt. Nur die Allgemeinheit, das öffentliche Gemeinwesen kann sie «produzieren», allerdings auch nur dann, wenn wir bereit sind, entsprechende Steuerleistungen zu erbringen. Deshalb wird es bei der Umorientierung auf ein qualitatives Wachstum hin nicht zu vermeiden sein, dass die Konflikte um die Verteilung des Volkseinkommens sich weiter verschärfen. In der langanhaltenden Prosperitätsphase waren diese Konflikte gewissermassen durch Inflation und allgemein steigende Reallöhne zugedeckt. In Zukunft wird eine Besserstellung der unteren Einkommensbezüger vermehrt über die Umverteilung der Einkommen und Vermögen erfolgen müssen. Eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung ist im übrigen auch unabdingbare Voraussetzung für die von uns angestrebte sozialistische Neuordnung der Wirtschaft schlechthin. Mehr Demokratie und mehr Selbstbestimmung können nur verwirklicht werden, wenn unkontrollierte Macht abgebaut und ungerechtfertigte Privilegien beseitigt werden. Ohne Solidarität und Gerechtigkeit bleibt Freiheit für viele ein leeres Wort, gibt es keine wahrhafte Demokratie.

Wenn jede Krise auch eine Chance in sich birgt, wie man immer sagt, so ist es an uns, diese Chance zu nutzen. Zersplittert durch seine vielfälti-

gen Interessenkonflikte und inneren Widersprüche, ist der Kapitalismus immer weniger in der Lage, sich selbst fortzuentwickeln: Reformen müssen ihm durch uns abgerungen werden. Es sind – zugegeben – systemimmanente Reformen. Soziale Reformen nützen nicht nur uns, sie nützen auch dem Kapital. Aber vielleicht liegt in einer solchen Politik der Reformen mehr Dialektik als hitzköpfige Revolutionäre wahrhaben wollen. Denn jede Reform weist auch über das kapitalistische System hinaus, verbessert die Voraussetzungen für die Verwirklichung eines demokratischen Sozialismus. Diese Politik der kleinen Schritte, dieser «lange Marsch auf rosa Pfoten» um einen Ausdruck von Günther Nenning zu gebrauchen, ist eine mühsame Angelegenheit, ist «elende Plackerei».

Damit dieser grosse Einsatz vieler sinnvoll ist, darf er indessen nicht konzeptionslos und opportunistisch-taktierend erfolgen. So darf, um ein praktisches Beispiel zu bringen, nicht jedes Mittel recht sein, wenn es um die Arbeitsbeschaffung geht. Wir können nicht jahrelang für wohnlichere Städte und die Erhaltung der Umwelt eintreten, und dann plötzlich im Zeichen der Arbeitsbeschaffung Autobahnen in den Städten und eine weitere Zersiedelung unserer Landschaft bejahen. Auch darf die Krisenbekämpfung nicht einfach darauf hinauslaufen, das bisherige System wieder flott zu machen, damit es in eine neue Krise torkeln kann. Die Fehler der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen, und die Krisenbekämpfung sollte so weit nur irgendwie möglich bereits der Umgestaltung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems dienen. Sie muss sich also an unseren längerfristigen Zielsetzungen orientieren.

Ein längerfristiges Konzept beziehungsweise eine systematische Standortbestimmung für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist indessen nur in Bruchstücken vorhanden. Oft muss beides – längerfristiges Konzept und Tagespolitik – mehr oder weniger gleichzeitig erarbeitet werden.

Dieser Zustand darf nicht mehr länger andauern, wenn wir unsere Zielsetzungen politisch wirklich zum Tragen bringen wollen. Dem Antrag der Sektion Birsfelden, welcher die Ausarbeitung eines ausführlichen Wirtschaftskonzepts verlangt, kommt meines Erachtens höchste Dringlichkeit zu.

Diese Entschliessung zur Wirtschaftspolitik ist das Ergebnis einer spontanen Aktion. Sie hat den Charakter einer kurz- bis mittelfristigen Orientierungshilfe für die Arbeit der Fraktion. Es handelt sich dabei um eine Weiterentwicklung des im Frühjahr 1975 von der SPS und dem Gewerkschaftsbund erarbeiteten Krisenprogramms, des Wahlmanifests der SPS und des Arbeitspapiers, das als Unterlage für die Legislaturzielgespräche diente.

Einzelne der aufgeführten Punkte, insbesondere im Bereich Wettbewerbspolitik und Bekämpfung der Macht- und Vermögenskonzentration, haben noch weitgehend programmatischen Charakter; sie bedürfen der weiteren Abklärung und Konkretisierung.